

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX

§ 1. Einleitung	1
I. Der Regelungsgegenstand des Aktien- und Kapitalmarktrechts	1
1. Die Aktiengesellschaft	1
2. Die Aktionäre	2
3. Die Verwaltung	4
4. Der Kapitalmarkt	5
II. Aktiengesellschaft und Kapitalmarkt aus der Perspektive ökonomischer Forschung	6
1. Informationsungleichgewichte zwischen Aktionären und Verwaltung aus der Perspektive ökonomischer Forschung	6
2. Die Kapitalmarkteffizienz aus der Perspektive ökonomischer Forschung	8
a) Zur Informationseffizienz des Kapitalmarkts	9
b) Zur Allokationseffizienz des Kapitalmarkts	10
c) Zur Kritik an der These der Kapitalmarkteffizienz	11
III. Die Rechtsquellen des Aktien- und Kapitalmarktrechts	12
1. Nationales Recht	12
2. Europäisches Recht	13

1. Teil. Aktiengesellschaftsrecht

1. Abschnitt. Die Gründung und der Aktienerwerb

§ 2. Die Gründung der Aktiengesellschaft	16
I. Wege zur Entstehung einer rechtsfähigen Aktiengesellschaft	16
II. Die Gründung nach dem AktG	17
1. Gesellschaftsvertrag und Satzung	17
2. Vor-AG und für die Vor-AG Handelnde	19
3. Kapitalaufbringung und Gründerhaftung	19
a) Die Art der Einlageleistung	20
b) Gründungsbericht und Gründungsprüfung	21
c) Verdeckte Sacheinlagen und Hin- und Herzahlen	22
d) Die Nachgründung	24
e) Haftung für Geschäftstätigkeit vor der Eintragung	24
4. Die Vorrats-AG	25
III. Gründungsmängel	25
§ 3. Erwerb und Verlust der Aktionärsstellung	26
I. Der Begriff der Aktie	26
II. Beteiligungsverhältnisse und Transparenz	27
III. Der Erwerb der Aktionärsstellung	28
IV. Der Verlust der Aktionärsstellung	29
1. Die Beendigung der Aktionärsstellung durch den Aktionär	29

2. Die Beendigung der Aktionärsstellung durch die Aktiengesellschaft	29
3. Die Beendigung der Aktiengesellschaft	30
2. Abschnitt. Die Organisationsverfassung	
§ 4. Der Vorstand	31
I. Zusammensetzung, Bestellung und Kollegialprinzip	31
II. Anstellung und Vergütung	35
1. Der Anstellungsvertrag	35
2. Die Bemessung der Vergütung	35
a) Transparenz	37
b) Die Inpflichtnahme der Aktionäre	39
c) Die Inpflichtnahme des Aufsichtsrats	41
d) Sonderprobleme einmaliger Zahlungen	45
e) Besonderheiten der Vergütung im Finanzsektor	47
III. Die eigenverantwortliche Leitungsmacht im Interesse der Gesellschaft	49
1. Die Kompetenzen des Vorstands	49
a) Die Vertretungsmacht und die Wissenszurechnung	49
b) Die Geschäftsführungsbefugnis	52
2. Die Rechtspflichten des Vorstands	54
a) Die Sorgfaltspflichten	54
b) Die Treuepflichten	66
IV. Kontrolle und Sanktionen pflichtwidriger Ausübung von Leitungsmacht	72
1. Die Kontrollrechte	72
2. Die Innenhaftung	74
3. Die Abberufung und die Kündigung	75
4. Straf- und Bußgeldvorschriften	76
§ 5. Der Aufsichtsrat	80
I. Die Bestellung	80
1. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats	80
a) Der nicht mitbestimmte Aufsichtsrat	81
b) Der mitbestimmte Aufsichtsrat	81
c) Die persönlichen Voraussetzungen	82
2. Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder	87
a) Die Vertreter der Aktionäre	87
b) Die Vertreter der Arbeitnehmer	88
II. Die Anstellung und die Vergütung von Mitgliedern des Aufsichtsrats	88
III. Die innere Ordnung und die Beschlussfassung	90
1. Die Binnenorganisation des Aufsichtsrats	90
2. Die Sitzung und die Beschlussfassung	92
3. Die Beschlussmängel	93
IV. Die Beendigung des Amtes	94
V. Die Überwachung der Geschäftsleitung	94
1. Die organ-schaftlichen Kompetenzen	94
a) Die Bestellung des Vorstands	94

b)	Die Vertretung der Gesellschaft	95
c)	Die Informationsrechte	97
d)	Die zustimmungsbedürftigen Geschäfte	98
e)	Die Rechnungslegung	99
f)	Die Einberufung der Hauptversammlung	99
2.	Die organschaftlichen Rechtspflichten	99
a)	Die Sorgfaltspflichten und das Geschäftsleiterermessen	99
b)	Die Treuepflichten	101
VI.	Kontrolle und Sanktionen pflichtwidriger Ausübung der Überwachungspflicht	104
1.	Die Kontrolle	104
2.	Die Innenhaftung	104
3.	Die Abberufung	106
4.	Die Straf- und Bußgeldvorschriften	106
§ 6.	Die Hauptversammlung	108
I.	Die Hauptversammlungskompetenzen	108
1.	Die geschriebenen Hauptversammlungskompetenzen	109
a)	Die Wahl des Aufsichtsrats	109
b)	Die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat	110
c)	Die Gewinnverwendung	111
d)	Die Satzungsänderung	112
e)	Die Kapitalmaßnahmen und die Vermögensübertragung	114
f)	Umwandlungsrecht	114
g)	Konzernrecht	115
h)	Die Abstimmung über die Vergütung	115
i)	Die Abstimmung über Geschäfte mit nahestehenden Personen	116
2.	Die Hauptversammlungskompetenzen bei Mediatisierungseffekten	116
a)	Die Holzmüller-Entscheidung	116
b)	Die Gelatine-Entscheidung	120
c)	Perspektiven der Rechtsfortbildung	123
3.	Die Kontrollrechte	125
a)	Die Sonderprüfung	125
b)	Die Geltendmachung von Ersatzansprüchen	126
II.	Die Einberufung und der Ablauf der Hauptversammlung	128
1.	Die Einberufung der Hauptversammlung und die Festlegung der Tagesordnung	128
a)	Die Zuständigkeit	128
b)	Der Inhalt der Einberufung und die Information der Aktionäre im Vorfeld der Hauptversammlung	129
c)	Das Einberufungsverfahren	131
d)	Die Anmeldung zur Hauptversammlung	132
2.	Das Teilnahmerecht und die Legitimation	133
3.	Der Ablauf der Hauptversammlung	134
4.	Das Auskunftsrecht des Aktionärs	136
a)	Der Gegenstand des Auskunftsrechts	137
b)	Die Grenzen des Auskunftsrechts	139

c) Berechtigte und Verpflichtete des Auskunftsrechts	142
d) Die Rechtsfolgen einer Nichterfüllung des Auskunftsanspruchs	143
5. Stimmrecht und Beschlüsse	144
a) Die Stimmabgabe	144
b) Stimmverbote	148
c) Stimmbindungsverträge	150
d) Stimmrechtsberatung	151
e) Die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses	152
III. Die Beschlusskontrolle	153
1. Die Kategorien mängelbehafteter Beschlüsse	153
2. Nichteige Hauptversammlungsbeschlüsse	154
a) Hauptversammlungsbeschluss	154
b) Nichtigkeitsgründe	155
c) Heilung	156
d) Prozessuale Geltendmachung	157
3. Anfechtbare Hauptversammlungsbeschlüsse	158
a) Die Unvereinbarkeit mit Verfahrensvorschriften	158
b) Die Relevanztheorie	158
c) Insbesondere: Informationsmängel	160
d) Die Unvereinbarkeit mit materiellem Recht	163
e) Anfechtungsausschlüsse	164
f) Die Bestätigung	164
g) Die Erlangung von Sondervorteilen	164
h) Die prozessuale Geltendmachung	165
4. Schwebend unwirksame Hauptversammlungsbeschlüsse	165
5. Die Erhebung der Anfechtungsklage	166
a) Die Anfechtungsbefugnis	166
b) Die Anfechtungsfrist	168
c) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage	168
d) Aufbauschema: Anfechtungsklage	169
6. Missbrauch und Sanktion	170
a) Anfechtungsbefugnis und Rechtsmissbrauch	170
b) Die Publizität außergerichtlicher Einigung	171
c) Die Rückforderung gewährter Zahlungen	171
7. Der Schwebezustand nach erhobener Anfechtungsklage und das Freigabeverfahren	172
8. Die Folgen eines der Nichtigkeits- oder Anfechtungsklage stattgebenden Urteils	175
3. Abschnitt. Die verbandsrechtliche Rechtsstellung des Aktionärs	
§ 7. Die Rechte des Aktionärs	181
I. Der verfassungsrechtliche Schutz der Aktionärsstellung	181
1. Die doppelte Schutzrichtung des Art. 14 GG	181
2. Die Beendigung der Aktionärsstellung	183
a) Der Grundsatz vollständiger Kompensation	184
b) Der Kontrollmechanismus	185
c) Einzelfälle	185

3. Die Konzernierung	186
4. Die Finanzmarktstabilisierung	187
II. Der bürgerlich-rechtliche Schutz der Aktionärsstellung	188
III. Die mitgliedschaftlichen Rechte	189
1. Überblick: die Mitverwaltungs- und Vermögensrechte	189
2. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche gegen rechtswidriges Verwaltungshandeln	190
a) Anspruchsberechtigung	190
b) Rechtswidriges Verwaltungshandeln	191
c) Rechtsfolgen	192
d) Die prozessuale Geltendmachung – „Aktionärsklage“	193
3. Verpflichtungsrechte	194
4. Der Gleichbehandlungsgrundsatz	194
IV. Die Kontrollrechte	196
1. Die Einberufung der Hauptversammlung und die Ergänzung der Tagesordnung	197
2. Die Sonderprüfung	199
3. Die Bestellung anderer Sonderprüfer und besonderer Vertreter	200
4. Das Klageverfolgungsrecht einer Aktionärsminderheit	200
a) Die Klagezulassung	201
b) Verfahren und Verfahrensbeendigung	201
c) Die Kosten des Rechtsstreits	202
§ 8. Die Pflichten des Aktionärs	204
I. Die Einlagepflicht	204
II. Die Treuepflicht des Aktionärs	205
1. Dogmatische Grundlage	205
2. Gläubiger und Schuldner	205
3. Pflichteninhalt	206
a) Stimmrechtsausübung	206
b) Unterlassungs- und Mitwirkungspflichten	207
4. Rechtsfolge	207
III. Sonderpflichten bestimmter Aktionärsgruppen	208
4. Abschnitt. Die Finanzverfassung	
§ 9. Der Grundsatz der Kapitalerhaltung	209
I. Das Prinzip der Bindung des gesamten Vermögens	210
1. Der sachliche Anwendungsbereich	210
2. Der persönliche Anwendungsbereich	213
3. Ausnahmen	213
4. Das Verbot der finanziellen Unterstützung eines Dritten beim Erwerb von Aktien der Aktiengesellschaft	215
5. Rechtsfolgen	216
II. Die Formen der Rückgewähr von Eigenkapital an die Aktionäre .	218
1. Die Ausschüttung von Dividenden	218
2. Die Kapitalherabsetzung	219
3. Der Erwerb eigener Aktien	220
a) Gründe für den Erwerb eigener Aktien	220

b) Die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit des Erwerbs eigener Aktien	222
c) Die kapitalmarktrechtliche Zulässigkeit des Erwerbs eigener Aktien	226
§ 10. Die Finanzierung durch Eigenkapital	228
I. Die reguläre Barkapitalerhöhung	229
1. Der Hauptversammlungsbeschluss	230
2. Die Zeichnung der Aktien und die Eintragung	231
3. Die fehlerhafte Kapitalerhöhung	232
II. Die reguläre Sachkapitalerhöhung	234
1. Die Sacheinlagevereinbarung und die Prüfung der Sachkapitalerhöhung	234
2. Die fehlerhafte Sachkapitalerhöhung	236
III. Der Schutz der Aktionäre bei der Kapitalerhöhung	236
1. Die Behandlung verschiedener Aktiengattungen	236
2. Das Bezugsrecht	237
a) Die Verwässerungseffekte bei der Kapitalerhöhung	237
b) Der Inhalt und die Handelbarkeit des Bezugsrechts	238
c) Die Ausübung des Bezugsrechts	239
3. Der Bezugsrechtsausschluss	240
a) Formelle Voraussetzungen	240
b) Materielle Voraussetzungen	241
4. Die Zuteilungsentscheidung	246
IV. Das genehmigte Kapital	246
1. Die Schaffung des genehmigten Kapitals	247
a) Die Anforderungen an den Hauptversammlungsbeschluss	247
b) Insbesondere: Die Anforderungen an den Bezugsrechtsausschluss beim genehmigten Kapital	248
2. Die Ausnutzung des genehmigten Kapitals	250
3. Die fehlerhafte Schaffung oder Ausnutzung von genehmigtem Kapital	251
a) Fehler im Kapitalerhöhungsbeschluss	251
b) Fehler bei der Ausnutzung des genehmigten Kapitals	251
V. Die bedingte Kapitalerhöhung	252
VI. Die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	253
§ 11. Die Finanzierung durch Fremdkapital	255
I. Die Vorstandskompetenzen bei der Entscheidung über die Finanzierung durch Fremdkapital	255
II. Die Aktionärsrechte bei der Entscheidung über die Finanzierung durch Fremdkapital	256
§ 12. Rechnungslegung und Abschlussprüfung	259
I. Die Abschlussprüfung	260
II. Die Feststellung des Jahresabschlusses	261
III. Die Entscheidung über die Gewinnverwendung	261

2. Teil. Kapitalmarktrecht

1. Abschnitt. Das Markteintrittsrecht

§ 13. Die Aktienemission	263
I. Börse, regulierter Markt und Freiverkehr	264
1. Die Börse und das Börsenzulassungsverfahren	264
2. Der Freiverkehr	266
II. Die Vorbereitung der Aktienemission	267
1. Die Entscheidung über den Börsengang	267
2. Die Herkunft der Aktien	268
a) Eigene Bestände	269
b) Kapitalerhöhung und mittelbares Bezugsrecht	269
c) Der Bezugsrechtsausschluss	270
III. Die Durchführung der Aktienemission	271
1. Die Bezugsrechtsemission	271
2. Die bezugsrechtsfreie Emission	272
IV. Nach der Aktienemission	274
1. Die Zulässigkeit bestimmter Kursstabilisierungsmaßnahmen ..	274
2. Überzeichnung und Greenshoe	276
3. Die Folgepflichten: Zum Recht der börsennotierten Aktiengesellschaft	277
§ 14. Prospekt und Prospekthaftung	278
I. Die Prospektpflicht	278
1. Die Prospektpflicht nach dem WpPG	278
a) Das öffentliche Angebot von Wertpapieren	279
b) Die Zulassung zum Handel an einem organisierten Markt ..	280
2. Die Prospektpflicht nach dem VermAnlG	281
3. Die Sanktionen unterlassener Prospekterstellung	281
II. Die Prospekterstellung	281
1. Die Durchführung einer due diligence	281
a) Der Begriff der due diligence	281
b) Die Grenzen der due diligence	282
c) Die Haftung im Rahmen der due diligence	283
2. Der Prospektinhalt und die Prospektbilligung	283
III. Die Prospekthaftung nach dem WpPG	286
1. Rechtsnatur	287
2. Der fehlerhafte oder fehlende Prospekt	287
3. Der Schuldner des Anspruchs	290
a) Die Prospektverantwortlichen	290
b) Die Prospektveranlasser	291
4. Der Gläubiger des Anspruchs	292
5. Haftungsbegründender Kausalzusammenhang	292
a) Die fraud-on-the-market Theorie	294
b) Anlagestimmung und Beweislastumkehr	295
6. Verschulden	297
7. Haftungsausschluss	297
8. Schadensersatz	298
9. Konkurrenzen	299

IV. Die Prospekthaftung nach dem VermAnlG	299
V. Die bürgerlich-rechtliche Prospekthaftung	300
2. Abschnitt. Das Marktverhaltensrecht	
§ 15. Insiderhandel	304
I. Finanzinstrumente und Insiderpapiere	307
1. Die Finanzinstrumente	307
2. Die Insiderpapiere	308
II. Die Insiderinformationen	308
1. Gegenwärtige Umstände als Bezugspunkt einer „präzisen“ Information	309
2. Künftige Umstände als Bezugspunkt einer „präzisen“ Information	310
3. Keine öffentliche Bekanntheit der Information	314
4. Die „spezifische“ Information	315
5. Emittenten- oder Papierbezug der Information	317
6. Erhebliches Kursbeeinflussungspotenzial	317
III. Die Adressaten	321
IV. Der Verbotstatbestand	322
1. Das Erwerbs- und Veräußerungsverbot	322
a) Erwerb und Veräußerung	322
b) Die Verwendung der Insiderinformation	323
2. Das Weitergabeverbot	325
3. Das Empfehlungs- und Verleitungsverbot	326
4. Ausnahmetatbestände	327
V. Kontrolle und Sanktion	327
1. Verwaltungsrechtliche Kontrolle und Bußgeldverfahren	328
a) Anzeige- und Meldepflichten	328
b) Die Führung von Insiderverzeichnissen	329
c) Aufsicht	330
d) Bußgeldverfahren	331
2. Strafrechtliche Sanktion	331
a) Erwerb und Veräußerung	332
b) Weitergabe, Empfehlung und Verleitung	332
3. Privatechtliche Sanktion	334
a) Rechtsgeschäftliche Ansprüche	334
b) Deliktische Haftungsbegründung	335
c) Haftungsausfüllender Tatbestand	336
d) Weitere Anspruchsgrundlagen	337
§ 16. Marktmanipulation und Verbote bestimmter Transaktionen	339
I. Bezugssubjekt der Marktmanipulation	340
II. Der Marktmanipulationstatbestand	340
1. Systematischer Überblick	340
2. Informationsgestützte Tatbestände	341
a) Unrichtige und irreführende Angaben, § 20a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WpHG	341
b) Bewertungserhebliche Umstände	342
c) Die Sonderregelung für Journalisten	342

d) Informationsgestützte sonstige Täuschungshandlungen, § 20a Abs. 1 S. 1 Nr. 3 WpHG	343
e) Die Eignung zur Einwirkung auf den Börsenpreis	346
3. Handelsgestützte Tatbestände, § 20a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 WpHG	347
a) Die Transaktion	348
b) Die Eignung zur falschen Signalwirkung bzw. zur Herbeiführung eines künstlichen Preisniveaus	348
c) Die zulässige Marktpraxis	350
d) Handelsgestützte sonstige Täuschungshandlungen, § 20a Abs. 1 S. 1 Nr. 3 WpHG	350
4. Der sichere Hafen	350
5. Subjektive Merkmale	352
III. Kontrolle und Sanktion	353
IV. Verbote bestimmter Transaktionen	354
§ 17. Publizitätspflichten	358
I. Die Regelpublizität	359
1. Die bilanzrechtliche Rechnungslegung	359
2. Die kapitalmarktrechtliche Finanzberichterstattung	360
a) Der Begriff des Inlandsemittenten	360
b) Die Veröffentlichungspflichten	362
II. Die Ad-hoc-Publizität	363
1. Adressat	364
2. Die relevanten Insiderinformationen	364
a) Unternehmensinterne Umstände	364
b) Unternehmensexterne Umstände	365
3. Subjektive Merkmale	366
4. Die Befreiung von der Veröffentlichungspflicht	366
a) Der Schutz der berechtigten Interessen des Emittenten	367
b) Keine Irreführung der Öffentlichkeit und Gewährleistung von Vertraulichkeit	369
c) Die Nachholung der Information	370
5. Die Tatbestandsalternativen	370
a) Die Veröffentlichung von Insiderinformationen	370
b) Die Veröffentlichung befugt weitergegebener Insiderinformationen	370
c) Die Korrektur unwahrer Ad-hoc-Meldungen	371
6. Die Art und Weise der Veröffentlichung	371
III. Die Beteiligungspublizität	372
1. Die kapitalmarktrechtlichen Mitteilungspflichten	373
a) Die Berechnung der Beteiligungsschwelle	373
b) Die Stimmrechtszurechnung	374
c) Derivative Finanzinstrumente	376
d) Insbesondere: abgestimmtes Verhalten	377
e) Die Erfüllung der Mitteilungspflicht	379
f) Die Veröffentlichung der Ziele des Erwerbs	380
2. Die aktienrechtlichen Mitteilungspflichten	380
a) Die Erfüllung der Mitteilungspflicht	380

b)	Die meldepflichtigen Vorgänge	381
c)	Die Berechnung der Beteiligungshöhe	381
IV.	Die Wertpapierinhaberpublizität	382
1.	Der kapitalmarktrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz	382
2.	Weitere Wertpapierinhaberbezogene Handlungspflichten	382
3.	Wertpapierinhaberbezogene Mitteilungspflichten	383
V.	Die Publizität bei der Durchführung bestimmter Transaktionen	383
VI.	Directors' Dealings	384
VII.	Die Sanktionen unzureichender Kapitalmarktinformation	386
1.	Verwaltungsrechtliche Kontrolle, Bußgeldverfahren und Strafbarkeit	386
2.	Gesellschaftsrechtliche Sanktionen	387
3.	Die kapitalmarktrechtliche Haftung für die fehlerhafte Herstellung von Ad-hoc-Publizität	389
a)	Der Anspruchsgegner	390
b)	Die fehlerhafte Herstellung von Ad-hoc-Publizität	390
c)	Die Anspruchsberechtigten	392
d)	Der haftungsbegründende Kausalzusammenhang	394
e)	Rechtswidrigkeit, Schuld, Haftungsausschluss	396
f)	Rechtsfolge	397
g)	Verhältnis zum Kapitalerhaltungsrecht	399
4.	Die privatrechtliche Haftung	400
a)	Fehlerhafte Herstellung von Ad-hoc-Publizität	400
b)	Fehlerhafte Herstellung von Regelpublizität und Regelverstöße bei Directors' Dealings	400
c)	Fehlerhafte Herstellung von Beteiligungspublizität	401
d)	Fehlerhafte Wertpapierinhaberinformation	401
e)	Organaußenhaftung	401
f)	Haftungsbegründung und Haftungsausfüllung	402
§ 18.	Das Übernahmerecht	405
I.	Regelungsziele des WpÜG	405
1.	Der ökonomische Hintergrund	405
2.	Die Rahmenbedingungen des europäischen Übernahmerechts	407
a)	Der Aufbau von Konzerneingangsschutz	407
b)	Die Übernahmerichtlinie	407
II.	Der Anwendungsbereich des WpÜG	408
III.	Die Systematik der Erwerbsangebote	409
1.	Kein Kontrollwechsel: einfaches Erwerbsangebot	410
2.	Anstreben des Kontrollerwerbs: Übernahmeangebot	411
3.	Eintritt des Kontrollerwerbs: Pflichtangebot	412
IV.	Der Kontrollerwerb	413
1.	Die Berechnung der Kontrollschwelle	413
2.	Abgestimmtes Verhalten und vorverlagerte Kontrolle	414
V.	Das Angebotsverfahren	416
1.	Die übernahmerechtliche Publizität	416
2.	Der Inhalt der Angebotsunterlage	418
3.	Die Haftung für fehlerhafte Angebotsunterlagen	420
a)	Anwendungsbereich und Rechtsnatur	420

b)	Die unrichtige Angebotsunterlage	420
c)	Schuldner und Gläubiger des Anspruchs	421
d)	Der haftungsbegründende Kausalzusammenhang	421
e)	Haftungsausschluss	423
f)	Rechtsfolge	424
4.	Die Annahme des Angebots	425
a)	Die Teilangebote	425
b)	Die Abänderung des Angebots	426
c)	Die Zaunkönigregelung	426
VI.	Die Pflichten der Organe der Zielgesellschaft	427
1.	Abgabe einer Stellungnahme	427
2.	Kooperationspflichten	427
3.	Das Verhinderungsverbot	428
a)	Der Verbotsstatbestand	428
b)	Fortführung des Tagesgeschäfts, Suche nach einem white knight	430
c)	Abwehrmaßnahmen mit Zustimmung des Aufsichtsrats	431
d)	Vorratsbeschlüsse der Hauptversammlung	432
e)	Ad-hoc-Hauptversammlungsbeschlüsse zu Abwehrmaßnahmen	433
4.	Kontrolle und Sanktion unzulässiger Abwehrmaßnahmen	433
5.	Europäisches Verhinderungsverbot	434
6.	Europäische Durchbrechungsregel	435
VII.	Die Pflichten des Bieters	436
1.	Die Finanzierung des Angebots	436
2.	Das Verbot der Vorteilsgewährung	436
3.	Die Kontrolle der Gegenleistung und der Gleichbehandlungsgrundsatz	438
4.	Das Pflichtangebot	440
a)	Die Legitimation des Ausstiegsrechts	440
b)	Der Kontrollerwerb	441
c)	Die Befreiung	442
d)	Kontrolle und Sanktion	442
§ 19.	Ausschluss und Andienungsrecht von Minderheitsaktionären	445
I.	Der gesellschaftsrechtliche Ausschluss von Minderheitsaktionären	445
1.	Die Voraussetzungen des Ausschlusses von Minderheitsaktionären	446
2.	Die Abfindung von Minderheitsaktionären	447
II.	Der kapitalmarktrechtliche Ausschluss von Minderheitsaktionären	448
1.	Die Voraussetzungen des squeeze out	448
2.	Die Abfindung von Minderheitsaktionären	449
III.	Das Andienungsrecht von Minderheitsaktionären	450
3. Abschnitt. Das Marktaustrittsrecht		
§ 20.	Delisting	452
I.	Die aktienrechtliche Einordnung des Delisting	453
1.	Macrotron	453
2.	Frosta	454

II.	Die kapitalmarktrechtliche Einordnung des Delisting	455
III.	Rechtsschutz	456
1.	Verwaltungsrechtsweg	456
2.	Zivilrechtsweg	456
4. Abschnitt. Die Rechtsstellung des Anlegers		
§ 21.	Anlegerschutz im Kapitalmarktrecht	457
I.	Anlegerschutz durch prozessuales Kapitalmarktrecht	458
II.	Anlegerschutz durch materielles Kapitalmarktrecht	460
III.	Anlegerschutz durch institutionelles Kapitalmarktrecht	462
Sachverzeichnis		467